



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bund-Länder-Hochschulsozialpakt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1755**

Der Landtag wolle beschließen:

Bund-Länder-Hochschulsozialpakt - Studentenwerke des Landes Sachsen-Anhalt bedarfsgerecht stärken

Die Landesregierung wird gebeten, eine Bundesratsinitiative für einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt zur Verbesserung der Studierendenberatung und -betreuung sowie des studentischen Wohnens zu prüfen. Diese soll den Spezifika von Sachsen-Anhalt sowie der einzelnen Bundesländer insbesondere im Hinblick auf Aspekte der Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten sowie der Wohnraumversorgung Rechnung tragen. Die Landesregierung wird des Weiteren gebeten, spätestens im I. Quartal 2018 im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung darüber zu berichten.

Begründung

In den letzten Jahren wurde mittels verschiedener Wissenschafts- und Hochschulpakete zwischen Bund und Ländern die Finanzierung von Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen maßgeblich verbessert. Dazu gehören Milliardenentlastungen in Bezug auf Studienplätze, Forschung sowie durch die komplette Übernahme des BAföG. Im Rahmen der Diskussion darüber, in welcher Form die Grundfinanzierung der Hochschulen auch über die auslaufenden Pakte hinaus abgesichert werden kann, ist auch die Situation der Studierendenwerke in den Bundesländern in den Blick zu nehmen, auch wenn die Hauptverantwortung für den Bau von Studierendenwohnungen im Rahmen der Sozialfürsorge bei den Ländern liegt.

Neben vorhandenen Möglichkeiten, wie der „Förderrichtlinie für Modellvorhaben zum nachhaltigen und bezahlbaren Bau von Variowohnungen“, besteht im Bereich der

(Ausgegeben am 24.08.2017)

Studentenwerke vieler Bundesländer weiterer Bedarf an Förderung, um vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen Angebote studentischen Wohnens aber auch Service- und Beratungsangebote bedarfsgerecht auszubauen.

Ein Bund-Länder-Hochschulsozialpakt kann insbesondere in Regionen mit hochpreisigen Wohnungsmärkten dazu beitragen, einen Mangel an preisgünstigen, studentischen Wohnraum durch Neubau und Sanierung zu beheben. Mit Blick auf die Situation in Sachsen-Anhalt besteht derzeit allerdings kein grundsätzlicher Mangel an preisgünstigem Wohnraum, der studentisch nutzbar ist. Ein solcher Hochschulsozialpakt muss daher den unterschiedlichen Situationen in den jeweiligen Bundesländern Rechnung tragen. Dies bedeutet flexible Regelungen der Verwendung von Mitteln, die es den Studentenwerken in Sachsen-Anhalt erlauben, bestehenden Wohnraum zu sanieren, statt neu zu bauen bzw. prioritär das Service- und Beratungsangebot auszubauen.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN